



20.052

Horizon-Paket 2021–2027**Paquet Horizon 2021–2027***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Antrag Minder

Rückweisung der Vorlage an die Kommission
mit dem Auftrag, die APK-S zu einem Mitbericht einzuladen.

Proposition Minder

Renvoyer le projet à la commission
avec mandat d'inviter la CPE-E à rédiger un corapport.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Wir führen zunächst die Eintretensdebatte, und danach behandeln wir den Rückweisungsantrag Minder. Ich möchte eine getrennte Debatte führen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Unser Präsident hat uns heute Morgen daran erinnert: Heute ist der Tag der Mehrsprachigkeit. Erlauben Sie mir deshalb, sogar in drei Sprachen zu diesem sehr wichtigen Programm Horizon 2021–2027 zu reden, nicht zuletzt, weil dieses Programm für die ganze Schweiz sehr wichtig ist.

Die Schweiz beteiligt sich seit 1987 projektweise und seit 2004 als assoziierter Staat an den Rahmenprogrammen der Europäischen Union für Forschung, Innovation und weiteren damit verbundenen Programmen und Initiativen. Das aktuelle Programm Horizon läuft dieses Jahr aus. Das nächste Programm, Horizon Europe, soll am 1. Januar 2021 starten. Mit der vorliegenden Botschaft bzw. dem Programm, das wir heute diskutieren, wird beantragt, die finanziellen Mittel und die Beteiligung der Schweiz an Horizon Europe sicherzustellen.

Neben der Beteiligung an Horizon Europe sind im Horizon-Paket auch die finanziellen Mittel zur Teilnahme an den Programmen Euratom, Iter und Digital Europe integriert. Um die Beteiligung der Schweiz bereits sicherzustellen, hat der Bundesrat am 20. Mai 2020 die dafür notwendige Finanzierungsbotschaft zuhanden des Parlamentes verabschiedet. Der Bundesrat beantragt finanzielle Mittel von insgesamt 6,154 Milliarden Franken. Damit kann der Bundesrat eine Erneuerung der Beteiligung am Horizon-Paket verhandeln und so eine ununterbrochene Assoziierung der Schweiz sicherstellen.

Die beantragten Mittel decken die Pflichtbeiträge von insgesamt 5,423 Milliarden Franken, eine vollumfängliche Beteiligung der Schweiz als assoziierter Staat bei Horizon Europe, beim damit verbundenen Euratom-Programm, beim neuen Programm Digital Europe sowie die Teilnahme an der internationalen Infrastruktur Iter. Die Pflichtbeiträge werden neu nach dem Prinzip "Pay as you go" berechnet. In der Vergangenheit erfolgte die Bemessung der Schweizer Pflichtbeiträge auf der Basis des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts im Verhältnis zur Summe der Bruttoinlandsprodukte aller EU-Mitgliedstaaten. Ab 2021 wird die Europäische Kommission hingegen erstmals eine neue Berechnungsmethode für alle assoziierten Staaten anwenden.

Die Schweiz muss mindestens so viel einzahlen, wie die Schweizer Institutionen durch Horizon Europe erhalten – eben: "Pay as you go"-Prinzip. Es gibt eine gewisse Planungsunsicherheit, die von verschiedenen Faktoren abhängt.

AB 2020 S 1027 / BO 2020 E 1027

Deshalb ist in der Botschaft auch eine Reserve für allfällige höher ausfallende Pflichtbeiträge vorgesehen, diese entspricht 614 Millionen Franken. Die Reserven kommen nur zur Verwendung, wenn der Verpflichtungskredit für Pflichtbeiträge vollständig ausgeschöpft ist. Zu den höheren Reserven gibt es einen Minderheitsantrag Stark – ich werde in der Detailberatung darauf zurückkommen.





Ausserdem enthält die Botschaft den Antrag für die Finanzierung nationaler Begleitmassnahmen, dies entspricht 117 Millionen Franken. Diese fördern einerseits eine breite Beteiligung von Forschern aus der Schweiz an den Programmen durch spezifische Informations- und Beratungsangebote, durch Beiträge für die Ausarbeitung von Projektvorschlägen oder durch die Vertretung von Schweizer Interessen in EU-Gremien. Andererseits sollen die Begleitmassnahmen die Beteiligung an neuen Partnerschaftsinitiativen oder an Projekten der EU mit nationalem Kofinanzierungsbedarf erleichtern.

Die Schweiz strebt eine vollumfängliche Beteiligung am gesamten Horizon-Paket als assoziierter Staat an. Offizielle Verhandlungen mit der EU über ein Beteiligungsabkommen können erst aufgenommen werden, wenn wir diese Botschaft verabschieden und aufseiten der EU die nötigen Rechtsgrundlagen verabschiedet sind. Ziel ist, dass sich Forschende in der Schweiz an den ersten Ausschreibungen von Horizon Europe und an den damit verbundenen Initiativen beteiligen können. Sollte eine Vollasoziiierung an das Horizon-Paket nicht oder vorübergehend nicht möglich sein, können die Verpflichtungskredite alternativ, nötigenfalls während der ganzen Laufzeit des Pakets, für die projektweise Finanzierung von Schweizer Projektpartnern durch den Bund benutzt werden.

Die EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation fördern Forschung und Innovation auf internationalem Spitzenniveau. Horizon Europe ist das grösste und umfassendste Förderprogramm für Forschung und Innovation der Welt. Es deckt von Projekten der Grundlagenforschung bis zu solchen an der Schwelle zum Markteintritt – ich denke an Start-up-Unternehmen – die gesamte Wertschöpfungskette ab und bietet eine Vielzahl verschiedener Förderinstrumente für alle Disziplinen. Die forschenden Unternehmen in der Schweiz haben sich bisher sehr erfolgreich am europäischen Forschungsrahmenprogramm beteiligt. Nach den Fördermitteln des Schweizerischen Nationalfonds stellen die Mittel aus dem europäischen Forschungsprogramm die zweitgrösste öffentliche Finanzierungsquelle für die Schweizer Forschenden dar – und sogar die grösste für Firmen und namentlich für kleine und mittlere Unternehmen. Die Forschungsprogramme kommen in diesem Bereich zu 38 Prozent Grossunternehmen und zu 62 Prozent KMU zugute. Die Möglichkeit, sich international zu messen und zu vernetzen, wirkt sich positiv auf die Exzellenz und die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandortes Schweiz aus; dies wurde auch bei verschiedenen Anhörungen in der Kommission bestätigt.

Die Schweiz ist in der Forschung stark vernetzt, vor allem in Europa. Insgesamt hat die Kommission sieben Anhörungen durchgeführt: mit dem Schweizerischen Nationalfonds, mit Swissuniversities, mit der ETH, mit dem Institute for Research in Biomedicine, mit dem Institute of Oncology Research, mit Economiesuisse und mit Scienceindustries. Die Anhörungsteilnehmer haben mit konkreten Beispielen die Wichtigkeit der Beteiligung der Schweiz an den EU-Forschungsprogrammen dargestellt.

Wie gesagt, die Schweizer Forschung ist in die europäische Forschung eingebunden. Die Beteiligung der Schweiz an den Rahmenprogrammen der EU ist eine Erfolgsgeschichte. Gleichzeitig ist die EU auch auf den Schweizer Forschungsplatz angewiesen.

Horizon Europe repose sur trois piliers très importants pour la recherche et l'innovation. Le premier concerne la participation des chercheurs individuels. La Suisse en profite par exemple par l'attribution des bourses du Conseil européen de la recherche. Il s'agit de fonds très prestigieux donnés à des chercheurs "d'excellence" et qui n'ont pas d'équivalents en Suisse. Selon le type d'association, ce premier pilier pourrait ne pas être complètement accessible à la Suisse. Le deuxième pilier prévoit des soutiens à des programmes liés à des enjeux actuels majeurs de notre société. C'est le pilier avec lequel l'Europe cherche à relever le défi par exemple des "global changes", toutes les questions qui nécessitent une approche, un réseau. Le troisième pilier concerne l'innovation.

Il est important pour la Suisse de participer de manière complète au programme Horizon Europe. Il s'agit de pouvoir pleinement participer au plus grand programme de recherche et d'innovation au monde. Cette participation est absolument indispensable pour soutenir le niveau de vie de notre pays. L'impact de ce programme est aussi extrêmement important pour l'économie et la société et parce qu'il crée des emplois. Comme je l'ai dit, il y a en effet un lien entre la recherche fondamentale et l'innovation et la création d'emplois.

Dalla piena associazione del 2004 fino al settimo programma quadro di ricerca ed innovazione, la Svizzera vanta un bilancio positivo della partecipazione ai programmi di ricerca europei. Grazie alla qualità dei progetti presentati, i partecipanti svizzeri si sono aggiudicati un volume di finanziamento – parliamo di soldi messi in palio con procedure competitive – superiore rispetto al totale dei contributi obbligatori versati dalla Confederazione all'Unione europea.

Considerata la grande importanza che rivestono i programmi quadro di ricerca e di innovazione per la piazza svizzera, la commissione sostiene espressamente il rinnovo senza interruzione della partecipazione della Svizzera al programma Horizon.



Die Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten und hat sie in der Gesamtabstimmung mit 11 zu 0 Stimmen angenommen. Wir haben den Ordnungsantrag Minder vor uns, der in der Kommission selbstverständlich nicht diskutiert wurde. Ich werde noch das Wort ergreifen, nachdem Herr Kollege Minder den Ordnungsantrag begründet hat.

Graf Maya (G, BL): Comme vous l'avez entendu, la Commission de la science, de l'éducation et de la culture de notre conseil a approuvé à l'unanimité un crédit-cadre de 6154 millions de francs pour le paquet Horizon 2021–2027. Cette enveloppe, demandée par le Conseil fédéral, pourrait permettre à la Suisse de pérenniser sa participation aux programmes-cadres européens de recherche.

Ces programmes-cadres sont la deuxième source d'encouragement la plus importante pour les scientifiques établis en Suisse, après le Fonds national suisse. Pour les chercheuses et les chercheurs de l'économie privée, qui n'ont pas accès aux encouragements de la Confédération, les programmes-cadres européens de recherche sont la première source de financement public. Pour un franc payé au paquet Horizon, la Suisse reçoit 1,60 franc; c'est tout bénéfice. En plus, Horizon Europe permet de concurrencer les plus grandes places scientifiques du monde, avec un budget total estimé à 95 milliards d'euros. Le Conseil fédéral souhaite que la Suisse y participe pleinement et je le soutiens vivement.

Les milieux de la formation, de la recherche et de l'innovation ont, fin août, souligné les conséquences dévastatrices de l'initiative de limitation. L'enjeu est de taille. La suppression de la libre circulation des personnes compliquerait le recrutement des meilleurs cerveaux pour nos hautes écoles. Par ailleurs, l'accord sur la recherche, qui nous garantit l'accès au réseau européen, tomberait à l'eau.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Madame la rapporteuse Marina Carobbio Guscetti a longuement développé les points forts. Je vais essayer de me concentrer dans ce dossier sur des aspects très précis et particuliers, car c'est vraiment un message extrêmement important.

Il s'agit ici – et je crois qu'il est bien de le préciser dès le début – du message de financement visant à permettre la participation de la Suisse aux mesures de l'Union européenne dans le domaine de la recherche et de l'innovation pour la période 2021–2027. Pour être clair: il ne s'agit pas du mandat de négociation. J'ai remarqué qu'il y a parfois un peu de confusion chez certains. Le mandat de négociation devra être approuvé par le Conseil fédéral et sera soumis aux Commissions de

AB 2020 S 1028 / BO 2020 E 1028

politique extérieure du Conseil des Etats et du Conseil national.

La collaboration entre la Suisse et l'Union européenne a une très longue histoire et même une très longue tradition. Nos chercheurs et chercheuses sont nombreux à y avoir participé. Ils continuent à le faire, et avec beaucoup de succès, depuis plus de trente ans. Nous parlons de près de 4000 participations à des projets, ceci uniquement dans le cadre de la génération actuelle des programmes, soit depuis 2014. La possibilité de se mesurer directement à d'autres sur le plan international et de construire des réseaux scientifiques est un facteur clé pour l'excellence et la compétitivité de notre place de recherche et pour l'innovation.

Le Conseil fédéral est clairement d'avis qu'il faut continuer dans cette direction et poursuivre cette collaboration bénéfique dans le cadre de la prochaine génération des programmes européens. Il est d'avis que la Suisse ne peut pas se permettre de perdre sa position dans ce secteur. C'est pourquoi il vous propose ce message, qui a pour objectif de pouvoir financer un paquet de quatre initiatives. Premièrement, le neuvième programme-cadre de recherche et d'innovation, Horizon Europe; deuxièmement, le programme de recherche et de formation de la Communauté européenne de l'énergie atomique, le programme Euratom; troisièmement, l'infrastructure de recherche internationale dans le domaine de la fusion nucléaire Iter; et quatrièmement, le nouveau programme Digital Europe Programme.

Horizon Europe constitue le plus grand programme de recherche et d'innovation dans le monde entier. Il est ouvert aux meilleurs chercheurs et scientifiques du monde entier, et non seulement aux chercheurs des Etats membres de l'Union européenne, aux Européens. Il permet ainsi de collaborer avec des chercheurs bien au-delà du continent européen. Il finance les recherches et les innovations de pointe dans pratiquement tous les domaines et toutes les disciplines. Cela va de la santé à l'énergie et aux transports, en passant par le climat – et quand on parle des transports, il y a aussi l'aéronautique et le domaine spatial qui sont compris –, la sécurité des denrées alimentaires, les ressources naturelles, et naturellement, le domaine des sciences humaines et sociales. Il couvre toute la chaîne de valeur de la recherche fondamentale à l'entrée dans le marché.

Il finance aussi, et notamment, de grands projets internationaux, avec plusieurs partenaires – c'est ce type de projets qu'un seul pays n'a pas les moyens de réaliser tout seul –, ainsi que, comme l'a rappelé Mme la rapporteuse de la commission, des bourses individuelles renommées pour des chercheuses et chercheurs



d'exception, de même que différents instruments d'encouragement pour les entreprises innovantes.

Pour les PME, les petites et moyennes entreprises qui sont actives dans la recherche et le développement, c'est un programme extrêmement attractif.

Horizon Europe et les autres éléments du paquet Horizon se complètent mutuellement. En Suisse, la participation à ces programmes européens a des effets économiques extrêmement positifs. Une étude d'impact réalisée par le SEFRI publiée l'année passée, montre que la participation à toute une série de projets européens a généré de nombreux brevets, produits, services. De nouvelles entreprises ainsi que des places de travail ont été créées dans notre pays.

Ce point, en particulier, est à relever et est important compte tenu de la situation économique difficile dans laquelle nous nous trouvons, qui fait que nous avons besoin, finalement, de toutes les opportunités et de tous les outils possibles pour soutenir nos entreprises et pour compenser les déficits, qu'ils soient économiques ou financiers.

Une demande de crédit de 6153,4 millions de francs vous est soumise. Il s'agit d'un plafond de dépenses qui se répartit en trois crédits d'engagement: premièrement, pour les contributions obligatoires de la Suisse à l'Union européenne pour la participation aux programmes que j'ai déjà partiellement mentionnés; deuxièmement, pour des mesures d'accompagnement nationales; troisièmement, pour une réserve en cas de majoration des contributions obligatoires.

Le demande de crédits globale suit le développement de ces programmes au niveau européen. Vous le savez, l'Union européenne prévoit d'augmenter considérablement ses investissements en recherche et innovation, avec pour objectif de combler son déficit par rapport aux Etats-Unis et à la Chine, pour pouvoir contrer les menaces actuelles comme le Covid-19, ou d'autres pandémies futures – mais pas uniquement – et pour réaliser aussi son fameux European Green Deal. Si nous voulons que la Suisse reste à niveau à l'échelon mondial, c'est-à-dire qu'elle reste au top dans le domaine de la recherche et de l'innovation, elle doit apporter sa part, suivre ce développement.

Il faut voir qu'il y a aussi certaines incertitudes. La Commission européenne propose par exemple de changer radicalement la manière de calculer notre contribution en introduisant un nouveau mécanisme intitulé "Pay as you go". Qu'est-ce que cela veut dire? Cela signifie que les chercheurs soumettent leurs projets et que seuls les meilleurs sont choisis, comme par le passé. En revanche, si beaucoup de projets sont financés dans un pays associé, comme la Suisse, ce pays associé payera en fin de compte une facture plus élevée. C'est l'élément nouveau. Jusqu'à présent, notre contribution dépendait du produit intérieur brut de la Suisse par rapport au PIB de l'Union européenne. Qu'est-ce que cela signifie? Cela veut dire qu'en cas de grand succès des chercheurs suisses – et c'est, je crois, ce que nous souhaitons toutes et tous –, la Suisse doit pouvoir honorer des contributions plus importantes à ces programmes. C'est pour cela qu'il est vraiment essentiel de garder une réserve telle que le Conseil fédéral vous la propose. Je reviendrai sur ce point dans la discussion par article puisqu'il y a une proposition de minorité.

L'approbation du crédit demandé au Parlement dans le présent message – et je crois que c'est un point qu'il est important de souligner et de rappeler – est la condition préalable à la conclusion du prochain accord d'association.

C'est seulement lorsque le Parlement aura approuvé le financement que le Conseil fédéral pourra négocier et conclure éventuellement un nouvel accord d'association de sa propre compétence. Ceci est très clairement stipulé à l'article 31 de la loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation.

Selon la loi sur le Parlement – je l'ai dit auparavant, mais je le rappelle –, le mandat de négociation devra, cette année encore, être soumis aux Commissions de politique extérieure pour approbation.

Lors des négociations à venir, le Conseil fédéral aura pour objectif de viser une association plénière aux trois programmes du paquet Horizon 2021–2027 et une participation intégrale à l'engagement européen pour la construction d'Iter. Seul ce mode de coopération permet de garantir un accès intégral à tous les instruments pour nos chercheurs et nos chercheuses, et naturellement pour nos entreprises.

Mais pour pouvoir anticiper toute situation future, toute évolution future, l'arrêté fédéral prévoit aussi que la Confédération peut financer directement les institutions de recherche et les entreprises suisses, et ceci en mode projet par projet, si celles-ci ne reçoivent pas d'argent de Bruxelles. Ce mode projet par projet est déjà bien établi dans la pratique – il a été établi par le passé.

Cela permet – et c'est extrêmement important – d'être préparé à toutes les hypothèses. Avec ce projet-là, tous les scénarios possibles sont couverts: une association plénière; une association partielle, voire une association retardée – vous savez qu'en raison du Covid-19, il y a certains retards actuellement au niveau de l'Union européenne; ou même une situation dans laquelle il n'y aurait pas d'association. Cette approche flexible, nouvelle, intègre d'emblée les adaptations – vous vous souvenez que nous avons dû en faire après coup et



de manière urgente, en 2014 et en 2016, pour la génération actuelle des projets, c'est-à-dire Horizon 2020. Je me permets de rappeler que la participation de la Suisse à ces programmes, en tant que pays associé, est l'objet de l'un des accords sectoriels du paquet des Bilatérales I de 2000 avec la libre circulation des personnes, mais qu'il s'agit du

AB 2020 S 1029 / BO 2020 E 1029

seul accord qui doit être renouvelé pour chaque génération de programme.

L'approbation des fonds nécessaires à une participation au paquet Horizon, et la possibilité de les utiliser de manière flexible vont nous permettre d'avoir une position forte de négociation pour notre pays au moment où nous discuterons avec nos partenaires de l'Union européenne. Avec la transmission du présent message, le Conseil fédéral a envoyé un signal clair à l'Union européenne: la Suisse est prête à investir une somme considérable pour ces programmes et elle est prête à contribuer, de par son excellence, à un espace européen de recherche et d'innovation digne de ce nom.

Pour les raisons que je viens d'évoquer, je vous prie d'entrer en matière sur ce projet.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

Le président (Stöckli Hans, président): Nous traitons maintenant la proposition de renvoi Minder.

Minder Thomas (V, SH): Bei meinem Antrag geht es nicht in erster Linie um den Inhalt der Vorlage, sondern um den Zeitpunkt, zu welchem sie in den Rat kommt und entschieden werden soll. Leider ist es taktisch falsch, uns diese Vorlage jetzt in den Rat zu bringen und jetzt und heute inhaltlich zu entscheiden. Der Bundesrat will die Finanzierung der Schweizer Beteiligung an den Massnahmen der Europäischen Union im Bereich der Forschung und Innovation über die nächsten sieben Jahre bereits jetzt vom Parlament absegnen lassen.

Warum ist das falsch? Warum ist der Zeitpunkt falsch? Als Antwort gibt es mehrere Gründe. Erstens steht eine heftige Auseinandersetzung mit der EU in Sachen Rahmenabkommen an. Zweitens hat die EU nach der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative die Schweiz während eines Jahres von Horizon 2020 ausgenommen. Drittens ist der Betrag von 6 Milliarden Franken um einiges höher als im letzten Horizon-Programm. Viertens hat Horizon 2021–2027 keine Erfolgs- und Leistungskomponenten mehr; das heisst, die Schweiz würde auch bei Top-Projekten nicht mehr zurückerhalten als das, was sie in den Topf einbezahlt hat. Fünftens kennen wir nun mittlerweile die machtpolitischen Drohgebärden der EU, mit dem Ausschluss der Schweiz im letzten Forschungsprogramm, auch bei Erasmus plus und bei der Börsenäquivalenz. Sechstens haben wir mit der Kohäsionsmilliarde einen sinnvollen Präzedenzfall geschaffen; wir haben dort ebenfalls sistiert, bis zwischen der EU und der Schweiz Klarheit herrscht. Siebte ist noch nicht einmal klar, bei welchem Pfeiler die Schweiz mitmachen dürfte; es gibt, Sie haben es gehört, die drei Pfeiler Grundlagenforschung, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Innovation. Achtens ist unklar, ob die Schweiz bei Erasmus plus, dem Studentenprogramm, überhaupt weiterhin mitmachen darf. Das neue Programm startet aber bereits nächstes Jahr; die Schweiz ist hier noch nicht teilnahmeberechtigt. Neuntens liegen weder die gesetzliche Grundlage noch die konkrete Ausgestaltung, noch das EU-Budget von Horizon 2021–2027 vor; sie sind zurzeit erst in Verhandlung. Zehntens, ein ganz wichtiger Punkt, hat die Schweiz keine Rechtssicherheit, dass sie bei Differenzen mit der EU nicht schon wieder zeitweise aus diesem neuen Forschungsprogramm ausgeklammert wird. Würde das noch einmal passieren, wäre das ein Super-GAU.

Es gibt also ganz viele und sehr wichtige Gründe, warum der Zeitpunkt falsch ist, uns diese Botschaft heute vorzulegen und inhaltlich darüber zu entscheiden. Ich möchte auch, dass die APK sich dieses Themas annimmt, denn es betrifft nicht nur die WBK. Die Vorlage hat insbesondere starke aussenpolitische Aspekte. Eigentlich müsste dieses Geschäft, Herr Bundesrat, sowieso von Amtes wegen in die APK gebracht werden. Gemäss Artikel 152 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes muss der Bundesrat die für die Aussenpolitik zuständigen Kommissionen zu wesentlichen Vorhaben konsultieren. Wenn dieses 6-Milliarden-Geschäft kein wesentliches Vorhaben mehr darstellt, was dann?

Ich bitte den Rat, das Parlamentsgesetz zu respektieren und die Vorlage an die WBK zurückzuschicken. Die WBK holt dann einen Bericht bei der APK ein und kann nochmals entscheiden, ob es nicht taktisch – Herr Bundesrat, taktisch! – cleverer wäre, diese Vorlage zu sistieren, wie ich das vorschlage, bis wir in Sachen Rahmenabkommen, aber auch inhaltlich zum neuen Forschungsprogramm seitens der EU wirklich Sicherheit und Klarheit haben. Wir wären gut beraten, diesen sogenannten 6-Milliarden-Pfeil im Köcher zu behalten, bis wir in Sachen EU Klarheit haben.



Würth Benedikt (M-CEB, SG): Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag Minder abzulehnen. Ich gehe nicht auf alle zehn Punkte ein, sondern nur auf die Themen institutionelles Abkommen und Rechtssicherheit.

Zum institutionellen Abkommen muss man sich zuerst einmal die Frage stellen: Wie sieht der Geltungsbereich aus? Es ist ja so, dass Horizon das Forschungsabkommen tangiert. Dieser Finanzierungsbeschluss ist technisch oder rechtlich mit dem Forschungsabkommen verknüpft. Just dieses Forschungsabkommen gehört nicht in den Geltungsbereich des institutionellen Abkommens. Wir können also die Sache auch noch komplizierter machen. Darum macht es keinen Sinn, mit Verweis auf das institutionelle Abkommen jetzt diesen Ordnungsantrag gutzuheissen.

Dazu kommt – dem ist beizupflichten –, dass dann die zukünftigen bilateralen Abkommen vom institutionellen Abkommen erfasst sind, aber nicht das geltende Forschungsabkommen. Es ist so, dass wir dieses Abkommen alle sieben Jahre im Einklang mit den Finanzierungsbeschlüssen erneuern müssen. Darum hat Bundesrat Parmelin auch gesagt, dass das Verhandlungsmandat für dieses Upgrade des Forschungsabkommens selbstverständlich in die APK geht. Natürlich sind die beiden Dinge – erneuertes Forschungsabkommen und Finanzierung – verknüpft. Aber mit Verweis auf das institutionelle Abkommen hier jetzt eine Rückweisung an die Kommission zu veranstalten, das macht eigentlich keinen Sinn.

Zum zweiten Punkt, Rechtssicherheit: Gerade aufgrund des Gesagten führt das nicht zu Rechtssicherheit, sondern im Gegenteil zu Rechtsunsicherheit. Das ist meines Erachtens schlecht für den Forschungsplatz Schweiz, für die Forscherinnen und Forscher, die darauf warten, dass wir hier auch einen ersten Schritt in Richtung Klarheit machen. Es ist aber auch schlecht in europapolitischer Hinsicht. Wieso sollen wir hier diese Baustelle öffnen? Vielmehr soll, wie es von Bundesrat Parmelin gesagt wurde, gegenüber Europa durchaus auch deklariert werden: Wir sind bereit.

Darum komme ich zum Schluss, dass in taktischer Hinsicht diese Rückweisung, verbunden mit der dannzulagigen Sistierungsdiskussion, wie sie seitens des Antragstellers angeregt wurde, eigentlich nicht zielführend ist, dass die Aussenpolitische Kommission selbstverständlich über das Mandat involviert ist und wir hier nun eben die Sache nicht noch komplizierter machen sollten, als sie ohnehin ist. Darum empfehle ich jetzt dringlich, einen Beschluss zu fassen und hier nicht eine zusätzliche Hürde einzubauen.

Dass das Forschungsabkommen, dass Horizon wichtig ist, ist meines Erachtens unbestritten. Da haben wir ja das Lehrstück gemacht. Nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative gab es einen sehr breiten innenpolitischen Konsens, dass man alles daransetzen müsse, um wieder in das Abkommen, in Horizon hineinzukommen. Kantone, Parlament, Sozialpartner – alle waren dieser Meinung. Von daher gibt es auch hier nichts mehr auszuloten, sondern es ist hier nun dran, Klarheit zu schaffen.

Ich bitte Sie darum, dem Antrag Minder nicht zuzustimmen.

Müller Damian (RL, LU): Ich bitte Sie ebenfalls, aus Sicht des Präsidenten der APK-S, diesen Ordnungsantrag Minder abzulehnen. Weshalb?

Wir müssen schon achtgeben, dass wir jetzt, wenn wir sektorielle Themen haben, nicht einen Flaschenhals schaffen und schlussendlich das eine Thema mit dem anderen vermischen. Es geht hier um Forschung und Innovation, was gleichzeitig mit dem Bildungsstandort Schweiz in Verbindung

AB 2020 S 1030 / BO 2020 E 1030

steht, also mit unserer EPFL und der ETH, den Hochschulen. Es geht somit auch um Arbeitsplätze.

Ich habe dem Votum unseres Kollegen Minder einfach nur entnommen, dass es nachher nicht um den Inhalt eines Berichtes geht, sondern dass es ihm darum geht, Zeit zu schinden. Das kann es nicht sein, dass wir mit Manövern hier eine Zeitverzögerung einleiten, um dann schlussendlich etwas für das institutionelle Rahmenabkommen in der Hand zu haben. Sie wissen selber, die Meinungen sind zum Teil gemacht. Ich glaube nicht, dass wir jetzt mit einer Verzögerungstaktik über andere Verknüpfungen dann irgendwo etwas mehr herausholen werden. Die klaren Ereignisse sind auf dem Tisch. Es braucht drei Präzisierungen in diesem Abkommen, und dann gibt es eine innenpolitische Diskussion. Lassen wir uns also jetzt nicht etwas vormachen: Es geht hier wirklich darum, die Bemühungen um den Forschungs- und Bildungsplatz unseres Landes weiterhin voranzutreiben.

Ich bitte Sie, diesem Ordnungsantrag nicht stattzugeben.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), pour la commission: Nous sommes en présence d'une motion d'ordre qui exige le renvoi du projet à la commission qui serait chargée d'inviter la Commission de politique extérieure du Conseil des Etats à rédiger un corapport. Nous avons entendu les motivations de M. Minder. De son point de vue, ce n'est pas le moment de mener cette discussion. C'est la raison pour laquelle il souhaite qu'on renvoie



le projet à la commission.

Des raisons formelles et des raisons de contenu plaident en faveur du rejet de cette motion d'ordre. Ces questions n'ont pas été abordées en commission. Nous discutons ici d'un projet de financement, comme M. le conseiller fédéral Parmelin nous l'a rappelé au cours du débat d'entrée en matière. Nous ne discutons pas d'un mandat de négociation. Ledit mandat sera soumis aux Commissions de politique extérieure qui pourront donc s'exprimer à son propos.

Comme cela a été dit par M. Würth, si la motion d'ordre est adoptée, il y aura une insécurité pour le secteur de la recherche. Les conséquences pourront donc être graves pour ce secteur.

Comme je l'ai dit, il y a également des raisons formelles. La procédure a été claire: le 18 mai dernier a été présentée une liste concernant l'attribution des objets aux commissions, sous réserve de la décision du Conseil fédéral. Le 20 mai, le message a été transmis par le Conseil fédéral au Parlement et, le 2 juin, l'objet a été attribué à la Commission de la science, de l'éducation et de la culture ainsi qu'à la Commission des finances qui a décidé de faire un corapport. La procédure, comme je le disais, était claire pendant tous ces mois durant lesquels la commission a examiné le projet, et la Commission des finances a fait son corapport. Les Commissions de politique extérieure auront donc la possibilité de discuter quand le Conseil fédéral soumettra le mandat de négociation.

Voilà donc les raisons formelles et de contenu. En outre, en commission, l'entrée en matière n'a pas été combattue et, comme je le rappelais tout à l'heure, le projet a été approuvé à une forte majorité. Je vous invite donc à rejeter la motion d'ordre Minder.

Minder Thomas (V, SH): Noch eine kurze Bemerkung: Sie mögen sich alle gut an den Riesenaufschrei in der Schweiz erinnern, als man uns von Horizon 2020 und von Erasmus plus ausgeschlossen hat, und dann noch einmal bei der Aufhebung der Börsenäquivalenz. Alle diese drei Themen waren inhaltlich auch nicht mit der Masseneinwanderungs-Initiative verknüpft, aber politisch; das spürt man natürlich bei der EU. Das sind machtpolitische Komponenten. Das sind nicht inhaltliche Komponenten, das sind politische Komponenten und vor allem machtpolitische Komponenten, die jetzt bei diesen drei Ausschlüssen null und nichts mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative zu tun gehabt haben.

Was hat das Parlament nachher gemacht, weil es eben diese drei Elemente, diese drei Ausschlüsse – bei Horizon 2020, bei Erasmus plus und bei der Börsenäquivalenz –, nicht mehr wollte? Es hat die Kohäsionsmilliarde sistiert und gesagt: Wir sprechen diese Gelder nicht. Auch bei dieser Kohäsionsmilliarde war keine inhaltliche Verknüpfung zu den Themen gegeben, sondern das war ein wenig die parlamentarische Machtposition, um zu sagen: Nein, wir spielen dieses Spiel der EU mit diesen machtpolitischen Komponenten nicht mehr.

Wir haben mit der Sistierung der Kohäsionsmilliarde also ebenfalls einen Präzedenzfall geschaffen. Natürlich ist es eine taktische Entscheidung, und die Aussenpolitik liegt beim Bundesrat, das ist richtig. Ich hätte das Projekt einfach nochmals zurück in die Kommission gegeben – auch weil es eine ganz starke aussenpolitische Komponente hat –, einen Mitbericht machen lassen, wie es übrigens das Parlamentsgesetz vorschreibt. Dann kann die Kommission entscheiden, ob sie sistieren will. Ich finde es taktisch besser, dieses Thema zu sistieren, bis Klarheit herrscht, schon nur inhaltlich – auch darüber, in welchem Pfeiler wir drin sind. In gewissem Sinne hat das Parlament, wenn es dem Antrag jetzt nicht zustimmt, mit dem Entscheid zur Kohäsionsmilliarde, eben genau so eine innenpolitische Verknüpfung oder eine Sistierung zu machen, diesen Entscheid eigentlich bereits gefällt.

Le président (Stöckli Hans, président): Monsieur le conseiller fédéral, vu que vous avez été attaqué par M. Minder on pourrait comprendre que, exceptionnellement, vous aimeriez prendre la parole.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Je ne me sens pas attaqué par M. Minder, Monsieur le président, loin de là. Mais j'aimerais juste rappeler trois points principaux à propos de cette motion d'ordre, avant que vous preniez votre décision.

D'abord, selon la loi sur le Parlement – et cela a été rappelé par plusieurs d'entre vous –, la Commission de politique extérieure examine le mandat de négociation, et dans ce cadre-là elle va le faire, certainement encore cet automne. Cela, c'est le mandat de négociation, c'est formel.

Ensuite, Monsieur Minder, n'importe quelle commission, depuis le mois de mai, aurait pu faire un corapport à l'adresse de la CSEC pour donner ses indications, expliquer qu'elle avait certains problèmes. A ma connaissance, cela n'a pas été le cas.

Enfin, ici, encore une fois, c'est important de le comprendre, nous traitons le financement de notre future participation au paquet Horizon. Ces messages et projets de financement ne sont, d'habitude, pas traités dans les Commissions de politique extérieure. Maintenant, si vous acceptez la motion d'ordre, il faut être conscient



que vous empêcherez la Suisse d'avoir une base de financement pour le début de l'année prochaine, parce que le projet prendra du retard, au moment où Horizon Europe démarrera officiellement. On ne sait pas si cela va démarrer au 1er janvier ou plus tard, il y a des incertitudes, mais nous n'aurons pas la base financière pour négocier. Cela veut dire qu'on ne peut pas conclure d'accord avec l'Union européenne, qu'on ne peut pas financer – et cela est très important – nos chercheurs en cas de désaccord.

Je l'ai dit, avec ce message sur le financement, nous avons toutes les options ouvertes: qu'il y ait du retard, qu'il y ait des pressions – comme vous le dites, Monsieur Minder –, qu'il y ait des imprévus, nous avons tout à disposition et le Conseil fédéral a la marge de manoeuvre nécessaire pour avancer.

C'est pour ces raisons-là qu'il est important, de notre point de vue, que ce dossier soit traité au Conseil des Etats lors de cette session et au Conseil national lors de la session à venir.

C'est dans ce sens-là que je vous invite vivement à rejeter la motion d'ordre Minder.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag Minder ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Minder ... 3 Stimmen

Dagegen ... 34 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Schweizer Beteiligung an den Massnahmen der Europäischen

AB 2020 S 1031 / BO 2020 E 1031

Union im Bereich Forschung und Innovation in den Jahren 2021–2027 (Bundesbeschluss zum Horizon-Paket 2021–2027)

Arrêté fédéral relatif au financement de la participation de la Suisse aux mesures de l'Union européenne dans le domaine de la recherche et de l'innovation pendant les années 2021–2027 (Arrêté fédéral sur le paquet Horizon 2021–2027)

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger)

Abs. 1 Bst. c

c. Reserve für erhöhte Beitragszahlungen gemäss Buchstabe a infolge von Schwankungen des Wechselkurses, von Budgeterhöhungen seitens der EU oder von höher ausfallenden Schweizer Anteilen an den EU-Budgets: 466,4 Millionen Franken

Total: 6005,8 Millionen Franken

Art. 1

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger)

Al. 1 let. c

c. réserve en cas de majoration des contributions visées à la lettre a suite à des variations du taux de change, à l'augmentation des budgets de l'UE ou à l'augmentation de la part de la Suisse dans les budgets européens: 466,4 millions de francs

Total: 6005,8 millions de francs

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Der Antrag, der nun als Minderheitsantrag vorliegt, wurde in der Kommission vertieft diskutiert. Er will auf der Basis anderer Annahmen zu den Schwankungen des Wechselkurses als in der Botschaft oder im Entwurf des Bundesrates den dafür vorgesehenen Reservebetrag um 147,6 Millionen Franken kürzen. Er wurde in der Kommission vertieft diskutiert und mit 8 zu 3 Stimmen abgelehnt; dies, weil die Kommissionsmehrheit der Meinung ist, dass die Reservemittel, wie sie vom Bundesrat beantragt wurden, notwendig sind.

Die vorgesehenen Reserven garantieren die Finanzierung der Beteiligung am Horizon-Paket bei Wechselkurschwankungen und eventuell notwendigen höheren Beitragszahlungen an das EU-Budget. Deshalb basieren die im Bundesbeschluss vorgesehenen Reserven auf drei Elementen: der Schwankung der Wechselkurse, einem höher ausfallenden Schweizer Anteil an den EU-Budgets und dem Fall, dass die EU-Institutionen ein höheres Budget sprechen. Es ist vorgesehen, für einen grossen Teil des Schweizer Beitrags eine Wechselkursabsicherung vorzunehmen. Da nicht ganz ausgeschlossen werden kann, dass eine Abwertung des Frankens eintritt, wird bei der Berechnung der Reserve von einem durchschnittlichen Wechselkurs von Fr. 1.15 zum Euro ausgegangen. Die Botschaft basiert auf einem Wechselkurs von Fr. 1.10, die Reserve auf Fr. 1.15, weil es sehr schwierig ist, die Entwicklung in diesem Zeitraum vorauszusehen.

Wie beim Eintreten erläutert wurde, bemessen sich die Schweizer Pflichtbeiträge bei diesem neuen System, dem "Pay as you go"-Prinzip, an der Höhe des von der Schweizer Forschungsgemeinschaft eingebrachten Fördervolumens. Es besteht eine grosse Unsicherheit, was die Gesamtsumme angeht, welche die Schweiz bezahlen muss. Deshalb ist es wichtig, diese Reserve zu haben und, wie gesagt, auch den Wechselkurs einzubeziehen. Ausserdem muss man auch sagen, dass wir hier von einem Verpflichtungskredit sprechen. Im Mitbericht der Finanzkommission – einem mündlichen Mitbericht, den die Finanzkommission des Ständerates zuhanden der WBK-S abgegeben hat – wurde das auch thematisiert. Auch ein Kürzungsvorschlag würde deshalb nicht zu einer Verbesserung der Finanzsituation führen: Die Kürzung der Verpflichtungskredite ist nicht unbedingt eine Sparmassnahme im Finanzplan.

Ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsantrag Stark abzulehnen.

Stark Jakob (V, TG): Joseph de Maistre, ein französischer Philosoph, hat vor über 200 Jahren geschrieben: "Die Übertreibung ist der Betrug der ehrlichen Leute." So weit möchte ich in diesem Fall nicht gehen, weil die Zahlen in der Horizon-Botschaft transparent und nachvollziehbar dargestellt worden sind. Was jedoch die Reserve angeht, bleibt mir nichts anderes übrig, als von Übertreibung zu reden. Diese Übertreibung kann der Ständerat korrigieren.

Worum geht es? Der Horizon-Verpflichtungskredit von 6,1534 Milliarden Franken beinhaltet eine Reserve von 614 Millionen Franken, also von 10 Prozent der Gesamtsumme. Diese Höhe, die bei einem Bauprojekt durchaus üblich ist, ist in diesem Fall zu hinterfragen. Das habe ich gemacht. Mit der Reserve werden – Sie finden das auf Seite 4899 der Botschaft – drei Risiken abgedeckt: erstens die Wechselkursschwankungen, zweitens der erhöhte Kostenanteil der Schweiz und drittens das höhere Horizon-Gesamtbudget. Gegen die Absicherung bei der zweiten und der dritten Position ist gar nichts einzuwenden. Hingegen ist die Wechselkursabsicherung tatsächlich übertrieben.

Der Sachverhalt ist so: Weil die Schweiz die Horizon-Beiträge in Euro zu leisten hat, besteht das Risiko einer Abwertung des Schweizerfrankens. Pro Euro muss bei einer Abwertung ein höherer Frankenbetrag bezahlt werden. Dieses Risiko wurde in der Schweiz bisher eher als Chance für die Exportwirtschaft und den Tourismus eingestuft, allerdings als eine ohne grosse Eintretenswahrscheinlichkeit. Es ist deshalb erstaunlich, dass das bei Horizon ganz anders ist und damit gerechnet wird, dass der Schweizerfranken langfristig gegenüber dem Euro deutlich schwächer werden könnte. Der Verpflichtungskredit basiert auf einem Eurokurs von Fr. 1.10, obwohl der Eurokurs dieses Jahr diese Höhe noch nie erreicht hat. Er bewegt sich seit Längerem immer irgendwo zwischen Fr. 1.04 und 1.09. Sie können auch heute wieder schauen: Der Kurs ist Fr. 1.08 pro Euro. Budgetiert sind also Fr. 1.10; der Kurs liegt bei Fr. 1.08. Das heisst, dass bereits diese Basis sehr gut fundiert ist. Nun kommt noch eine Reserve von 246 Millionen Franken dazu, um einen Durchschnitts-Eurokurs für die



Jahre 2021 bis 2027 von Fr. 1.15 pro Euro abzusichern. Würden Verantwortliche in der Exportwirtschaft oder im Tourismus mit solchen Wechselkursannahmen arbeiten: Man würde an ihrem Sachverstand zweifeln. Auch wenn Mann oder Frau bildungsaffin ist und auch die enge Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit den EU-Staaten befürwortet: Diese Reserve ist zu üppig, sie ist eine Übertreibung.

Ich beantrage daher, die Absicherung auf einen Durchschnitts-Eurokurs von Fr. 1.12 über die nächsten acht Jahre zu beschränken, was immer noch eine sehr gute Reserve ist. Diese Reserve müsste dadurch um 147,6 Millionen Franken auf 466,4 Millionen Franken gekürzt werden. Der Gesamtkredit würde noch 6005,8 Millionen Franken betragen und damit seine gute Fundation bewahren, aber an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Pour plus de clarté, je précise que je ne formule pas, avec ma proposition de minorité, une demande contre le programme

AB 2020 S 1032 / BO 2020 E 1032

Horizon Europe, ni une demande dangereuse, mais que je demande simplement de diminuer la réserve, après quelques réflexions mathématiques.

Je vous demande de suivre ma minorité.

Gmür-Schönenberger Andrea (M-CEB, LU): Ce paquet Horizon a mon soutien à cent pour cent parce qu'il est très important pour notre innovation, pour notre recherche. C'est aussi une source d'inspiration pour nos institutions de recherche, pour les universités, pour les EPF.

Es nützt uns also auch, einen internationalen Massstab für unsere Wettbewerbsfähigkeit zu haben.

Dennoch unterstütze ich die Minderheit Stark. Warum?

Am Horizon-Paket ändert sich überhaupt nichts, und dagegen würde ich mich auch wirklich massiv wehren. Es ist auch keine Kreditkürzung, es geht hier wirklich nur um die Reserven. Kollege Stark hat bereits im Detail ausgeführt, dass die finanziellen Reserven mehr als üppig ausgestattet sind. Ich möchte auch sicherstellen, dass eben die Spielregeln nicht während des Spiels geändert werden – dies vor allem deshalb, weil viele Rahmenbedingungen zu Horizon noch nicht abschliessend geklärt sind, weil eben die Schweiz bisher mehr Geld aus den Programmen erhalten hat, als sie da hineingegeben hat. Das möchte man künftig ändern.

Mit der Minderheit Stark möchte ich einfach sicherstellen, dass die Reserven wirklich dafür gebraucht werden, wofür sie aufgeführt sind, aber dass sie nicht vermischt werden. Ich bitte Sie, die Minderheit zu unterstützen.

Herzog Eva (S, BS): Ich spreche hier als Mitglied der Finanzkommission, wo wir das Thema auch behandelt haben. Der Antrag Stark ist uns vorgelegen; wir haben ihn, ohne dass ich mich noch an die genaue Stimmenzahl erinnere, ganz deutlich abgelehnt.

Einerseits waren wir der Überzeugung, dass wir den Rahmenkrediten in einer Corona-Diskussion – das wurde hier jetzt nicht so deutlich gesagt – keine Sparmassnahmen hinzufügen sollten. Das war das eine, das wir nicht wollten: eine Parallelstruktur zur Schuldenbremse. Andererseits wurde speziell in Bezug auf Horizon und die Reserve Verschiedenes gesagt, so auch von Kollegin Gmür-Schönenberger, das man auch umgekehrt auslegen könnte, nämlich dass man die Spielregeln jetzt nicht ändern sollte.

Im Moment ist es sehr schwierig, abzuschätzen, wie dieses Paket am Schluss aussehen wird. Man kennt die Gesamtsumme in der EU noch nicht, man weiss nicht, wie viel die EU in diesen Bereich hineinstecken will, und entsprechend weiss man auch nicht, wie viel die Schweiz letztlich bezahlen muss.

Wie gesagt, es ist ein Verpflichtungskredit. Wenn man jetzt eine Kürzung vornimmt, dann ändert das überhaupt nichts am Finanzplan, d. h., der Finanzhaushalt des Bundes wird dadurch überhaupt nicht besser. So gesehen bringt diese Ergänzung nichts. Was uns in der Finanzkommission auch überzeugt hat, ist, dass die Verhandlungsposition der Schweiz mit dieser Reserve besser und stärker ist, weil wir voll assoziiert wären. In der WBK und der FK hat man uns überzeugend dargestellt, dass das für die Schweiz eigentlich das Wichtigste sei und dass man eine Vollasoziiierung anstreben müsse. Folglich müssen potenziell ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Wenn diese Mittel dann nicht gebraucht werden, werden sie auch nicht ausgegeben; es ist ja ein Verpflichtungskredit. Sollte die EU das Budget zusammenstreichen, was auch möglich wäre und was man eben nicht weiss, dann wird auch die Schweiz weniger bezahlen.

Damit wir für alle Eventualitäten gerüstet sind, bitte ich Sie, den Kredit hier so zu sprechen, wie es der Bundesrat geplant hat, und zwar mit allen Reserven.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Madame la conseillère aux Etats Herzog a rappelé quelque chose d'extrêmement important: avec ce projet, vous avez un arrêté fédéral à hauteur de 6,153 milliards de francs. Il s'agit d'un plafond de dépenses. Cela implique que, si cela coûte moins, nous dépenserons moins, et cela sera très bien ainsi. Mme Herzog a aussi rappelé qu'il y a, et je l'ai souligné dans mon intervention, pas mal d'incerti-



tudes, même à l'intérieur de l'Union européenne. Cela concerne le dossier Horizon, mais vous aurez remarqué que, même dans le dossier de la formation Erasmus, il y a encore des incertitudes au niveau du Parlement européen également. Pour nous, il est important d'envisager toutes les possibilités. Ce message permet de faire face – et c'est important – à tous les cas de figure: association plénière, partielle, sans association. C'est la flexibilité que nous recherchons, et je crois que cela doit être notre maître mot durant la période qui s'ouvre. C'est un message qui est aussi novateur. L'Union européenne a pris du retard en raison de la situation liée au Covid-19. L'adoption des programmes et les précisions requises ne sont pas encore toutes arrivées, mais ces programmes sont tout de même censés démarrer en janvier 2021. Pour le moment, ils n'ont effectivement pas de budget définitif, et ni les conditions de participation des pays qui vont être associés ni même le mode de contribution financière totale qui va être choisi pour chacun ne sont fixés. Ces incertitudes doivent nous conduire à être extrêmement prudents. Surtout, nous ne pouvons pas simplement attendre d'avoir tous les éléments clarifiés, faute de quoi nos chercheurs, nos chercheuses risquent d'être handicapés et de manquer certaines mises au concours qui sont attendues, d'après certaines informations, pour mars, voire avril 2021. C'est donc la moindre des choses que le Conseil fédéral, par la voix du chef du Département de l'économie, de la formation et de la recherche, vous propose cette flexibilité, moins pour des raisons financières que pour pouvoir faire face à tous les scénarios possibles.

M. le conseiller aux Etats Stark, vous avez parlé d'exagération. Vous avez dit que vous aviez fait une réflexion mathématique – j'ai beaucoup de respect pour la réflexion que vous avez faite –, mais il ne s'agit pas de cela. Je vais vous faire une comparaison avec ce qui s'est passé lors du message précédent, en 2013, pour la période actuelle Horizon 2020.

A ce moment-là, tous les éléments de la contribution suisse étaient connus. Nous savions que nous allions payer sur la base du produit intérieur brut (PIB). Nous connaissions ce mécanisme, il était établi. Et déjà à l'époque le Conseil fédéral vous avait proposé une réserve de 7,4 pour cent du budget global. Le Parlement, dans sa grande sagesse, avait accepté cette réserve.

Pour la génération à venir, celle qui commence en 2021, le budget total des programmes auxquels nous allons participer n'est pas encore connu. Le chiffre proposé actuellement par l'Union européenne est déjà légèrement plus élevé que celui figurant dans notre message sur le financement. En plus, je vous ai parlé du nouveau mécanisme, la part que la Suisse devra payer à ces programmes est aussi inconnue du fait même du nouveau mécanisme "pay as you go", dont nous ne connaissons pas encore tous les détails. A cause de ces incertitudes importantes, nous vous proposons, pour cette génération, une réserve à hauteur de 9,98 pour cent du budget global. Ce n'est pas beaucoup plus que les 7,4 pour cent de l'époque précédente où nous avions beaucoup moins d'incertitudes.

Quant au calcul de la réserve dans le message, il est basé sur la probabilité mixte de plusieurs facteurs qui peuvent influencer notre facture vers le haut. Premièrement, l'augmentation des budgets totaux de ces programmes est un scénario plutôt probable. Deuxièmement, l'augmentation de la part que nous payons dans le budget de ces programmes qui, je viens de le dire, est inconnue avec le nouveau mécanisme: il suffit que nous ayons énormément de succès avec les programmes, que nos chercheurs soient extrêmement bons pour que notre part augmente significativement. Troisièmement, le taux de change jusqu'en 2030, vu que nous payons nos contributions en euros.

Alors oui, Monsieur Stark, actuellement le taux de change nous est plutôt favorable, mais il est difficile à prédire pour une période si longue. Votre proposition de réduire le montant de la réserve dont nous discutons concerne majoritairement le dernier élément, soit le taux de change, mais elle ne prend pas suffisamment en compte le risque lié aux deux autres facteurs, qui, du point de vue du Conseil fédéral, est

AB 2020 S 1033 / BO 2020 E 1033

beaucoup plus grand. Chacun des deux premiers facteurs de risque pourrait conduire à utiliser une part importante de la réserve de 614 millions de francs.

Le fait que cette réserve puisse être entièrement disponible pour chacun des facteurs mentionnés est donc voulu; cela nous permet d'être très flexibles en fonction des besoins réels et des besoins futurs que nous ne connaissons pas encore.

En résumé, non seulement le fait de couper dans la réserve à la suite d'un calcul, aussi bon soit-il, concernant le taux de change ne nous aide pas d'un point de vue financier, mais cela menace aussi toute la flexibilité du paquet.

C'est pour préserver cette flexibilité que je vous invite à ne pas suivre la proposition défendue par la minorité Stark et notamment par Mme Gmür-Schönenberger.

Madame Gmür-Schönenberger, vous avez parlé des règles du jeu. Effectivement, tout n'est pas connu. C'est



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2020 • Dreizehnte Sitzung • 24.09.20 • 08h15 • 20.052
Conseil des Etats • Session d'automne 2020 • Treizième séance • 24.09.20 • 08h15 • 20.052



précisément pour cela, et parce qu'un plafond est fixé, qu'il nous faut cette souplesse. Donc, comme l'a très bien relevé Mme Herzog Eva, votre argumentation se retourne un peu contre vous.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 23 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 19 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.052/3915)
Für Annahme der Ausgabe ... 39 Stimmen
Dagegen ... 2 Stimmen
(3 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2–5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.052/3916)
Für Annahme des Entwurfes ... 37 Stimmen
Dagegen ... 2 Stimmen
(2 Enthaltungen)

